

Kurzanalyse NR. 1 FEB 2022

Mali: Gibt es (noch) Zukunftsperspektiven für die Intervention?

Denis M. Tull

Die beiden Missionen in Mali sind der bei Weitem größte Auslandseinsatz der Bundeswehr. Sie ist dort mit insgesamt rund 1.400 Soldat*innen an der MINUSMA der Vereinten Nationen (VN) und der EUTM Mali der Europäischen Union (EU) beteiligt. Viele andere EU-Staaten sowie Großbritannien sind ebenfalls in Mali militärisch, aber auch politisch und entwicklungspolitisch stark engagiert. Mit Blick auf eine Fortführung der Einsätze wird nunmehr nicht nur deren Wirksamkeit in Zweifel gezogen, desgleichen steht ihre politische Grundlage in Frage. Das seit 2020 regierende Militär hat einen Konfrontationskurs gegenüber Malis westlichen und regionalen Partnern eingeschlagen und stellt damit die Zusammenarbeit auf eine harte Probe.

Die politische, sicherheitspolitische und humanitäre Lage in Mali hat sich spätestens seit 2017 kontinuierlich verschlechtert – trotz der internationalen Intervention. Die Zahl der intern Vertriebenen ist zuletzt auf 400.000 Personen gestiegen und hat sich damit in den letzten beiden Jahren nahezu vervierfacht.¹ Dieser ernüchternde Befund ist nicht nur eine Konsequenz der außerordentlichen Komplexität der Konfliktsituation in Mali – das internationale Vorgehen funktioniert schlichtweg nicht. Es stützt sich auf vier strategische Eckpunkte:

1. Terrorismusbekämpfung durch die französische Operation Barkhane, um die Sicherheits- und Bedrohungslage handhabbar zu halten;
2. Ertüchtigung durch zahlreiche bi- und multilaterale Partner, unter anderem die europäische Trainingsmission EUTM Mali, um die malische Armee zu befähigen, selbständig für Sicherheit zu sorgen;
3. Die Umsetzung des Friedensabkommens von 2015 zwischen Bamako und der Tuareg-Rebellion, das als politische Klammer des Stabilisierungsprozesses gedacht und von der Stabilisierungsmission der VN (MINUSMA) unterstützt wird;
4. Stabilisierung und sozioökonomische Maßnahmen im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit und Formaten wie der Sahel-Allianz.

¹ Humanitarian Data Exchange. 2021. „Mali Displacement - [IDPs, Returnees] - Baseline Assessment [IOM DTM].“

In keinem der vier Handlungsfelder wurden substantielle Erfolge erzielt, noch weniger haben die strategischen Ansatzpunkte ineinandergegriffen.² Stattdessen haben sich Gewalt und Unsicherheit rasant in Richtung Zentrum und Süden des Landes ausgebreitet und zu einem komplexen Gemisch aus Jihadismus, Bürgerkrieg und interethnischen Konflikten verwoben.³ Die Terrorismusbekämpfung hatte keine stabilisierenden Effekte, obwohl im Zuge der Operation Barkhane zahlreiche Führer der jihadistischen Bewegungen getötet worden sind. Ertüchtigungsmaßnahmen haben die Effektivität der malischen Streitkräfte nur marginal verbessert, da institutionelle Reformen im Sicherheitssektor nicht vorankamen und teilweise blockiert wurden. Auch das Friedensabkommen von Algier harrt in weiten Teilen seiner Umsetzung. Die Missionen EUTM Mali und MINUSMA, an denen die Bundeswehr beteiligt ist, haben die Krisenspirale bestenfalls verlangsamt (siehe Infobox, Seite 3 und 7).

Ein weiteres Defizit der internationalen Intervention ist ihre mangelnde Strategie-, Lern- und Anpassungsfähigkeit. Auf den seit mindestens 2017 augenfälligen negativen Gesamttrend und den sich wandelnden Charakter des Konflikts haben die internationalen Akteure mit punktuellen Anpassungen reagiert, aber nicht mit strategischen Veränderungen. Die Tendenz bestand eher darin, das Engagement entlang der bestehenden Ansätze und Instrumente zu intensivieren und auszuweiten.

Der lange Schatten Afghanistans

Die Desillusionierung über die Bilanz des 20 Jahre dauernden Engagements in Afghanistan, das mit dem Fiasko der Machtübernahme durch die Taliban sein Ende fand, hat in Deutschland die Diskussion um den Mali-Einsatz drastisch verändert. Positiv ist die größere Bereitschaft, sich kritisch mit dem Engagement in Mali auseinanderzusetzen. Dominierten bei der Mandatsdebatte im Mai 2021 noch Wohlwollen oder allenfalls freundliche Skepsis im Bundestag, stehen nunmehr alle Zeichen auf eine problemorientierte Sichtweise. Indes greift sie oft auf Analogien mit Afghanistan zurück. Dabei gibt es mindestens ebenso viele Unterschiede wie Parallelen zwischen den beiden Schauplätzen.

Die Konfliktkonstellation in Mali mag komplexer sein als in Afghanistan. Aber in Mali agiert keine nationale bewaffnete Bewegung mit einem mehrheitsfähigen politisch-ideologischen Kern, die mit den Taliban vergleichbar wäre. Markenzeichen der politischen Gewalt in Mali ist die Mobilisierung sozial und regional marginalisierter Gruppen.⁴

Die Interventionen selbst unterscheiden sich darin, dass diejenige in Mali auf Bitte und Einladung der Regierung stattfand, während es sich in Afghanistan um eine ausländische Invasion mit dem Ziel eines Regimewechsels handelte. Auch die Motive und Handlungslogiken der internationalen Partner sind teilweise anders gelagert. Die breite Allianz in Afghanistan war vor allem der politischen Loyalität gegenüber den USA geschuldet. Im Sahel spielt die Unterstützung für Frankreich zweifellos eine bedeutende Rolle, aber gleichermaßen die Geographie: Mali liegt in der europäischen Nachbarschaft. Zwar dürften die unmittelbaren sicherheitspolitischen Risiken für Europa geringer sein, als häufig durch die Verwendung des Ausdrucks „Sahelistan“ suggeriert wird. Doch die rasche

² Tull, Denis M. 2020a. „Deutsches und internationales Krisenmanagement im Sahel.“ SWP-Aktuell 2020/A 43. Berlin. Stiftung Wissenschaft und Politik.

³ Sangaré, Bokar, Gilles Holder und Julien Antouly. 2021. „Le djihad dans le centre du Mali: lutte de classes, révolte sociale ou révolution du monde peul?“. The Conversation, 11. September 2021.

⁴ Pellerin, Mathieu. 2019. „Les violences armées au Sahara: Du djihadisme aux insurrections?“ Études de l'Ifri. Paris. Institut français des relations internationales.

MINUSMA: Unterstützung des Friedensprozesses

Die Bilanz von **MINUSMA** ist durchwachsen. Ihre Erfolge zur Unterstützung des Friedensprozesses sind bescheiden. Aufgrund zahlreicher Attentate muss die Mission einen großen Teil ihrer Kapazitäten für den eigenen Schutz aufwenden. Die Bewegungsfreiheit aller ihrer Komponenten ist extrem eingeschränkt. Das Mandat der Mission und die ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen hat der VN-Sicherheitsrat nur unzureichend an den sich wandelnden Kontext angepasst. Zwar hat die Mission ab 2019 die Stabilisierung des Zentrums von Mali als zweite strategische Priorität erhalten, aber keinerlei zusätzliche Mittel, um diese Aufgabe zu bewältigen. Faktisch liegt ihr Fokus weiterhin auf dem Norden des Landes. Obwohl 60 Prozent der Menschenrechtsverletzungen im Zentrum registriert werden, halten sich nur 17 Prozent der Blauhelme in dieser Region auf. Auch die „Mobile Task Force“, eines der wenigen robusten Instrumente der Mission, wird im Norden, aber nicht im Zentrum eingesetzt. Im Hinblick auf den Schutz der Zivilbevölkerung erscheint eine Anpassung des Mandats daher ratsam und naheliegend. Allerdings ist mehr als fraglich, ob dies auf die Zustimmung Bamakos stoßen würde. Die politische Begleitung des Friedensprozesses erfordert keine starke militärische Präsenz im Norden. Die Unterstützung des Transitionsprozesses bis hin zu Wahlen könnte eine sinnvolle politische Priorität für die Mission darstellen.

Mit dem Abzug von Barkhane aus Mali wird sich der Bewegungs- und Handlungsspielraum der jihadistischen Gruppen weiter vergrößern. Damit verbunden sind erhöhte Risiken für das Personal der internationalen Missionen. Seit 2013 sind 154 Blauhelme in Mali durch Anschläge ums Leben gekommen.⁵ Mehr als 95 Prozent unter ihnen kommen aus afrikanischen Ländern, die ihrerseits 67 Prozent des militärischen Anteils der Mission stellen. Sie verfügen häufig über unzureichende Ausstattung und nehmen hohe Risiken in Kauf.⁶ Unter den europäischen Kontingenten ist lediglich die „Mobile Task Force“ punktuell in der Fläche präsent, an der auch Deutschland beteiligt ist (neben Schweden und Großbritannien). Die Bundeswehr hat seit Beginn ihres Mali-Engagements zwei Todesopfer zu beklagen. Sie kamen bei einem Hubschrauberabsturz ohne Feindeinwirkung ums Leben.

Ausbreitung von Instabilität in der Subregion schafft mittel- und langfristigen Handlungsbedarf. Mali ist kein isolierter Krisenherd, und die Risiken, die von dort für die westafrikanischen Nachbarländer ausgehen, sind nicht vorhersehbar.

Die Defizite und Herausforderungen der beiden Interventionen weisen einige Parallelen auf. Die vielleicht wichtigste berührt das politische Narrativ der Intervention mit seinem Fokus auf sicherheitspolitische Ziele und der Bekämpfung von Terrorismus als Leitmotiv. Dieses Narrativ strukturiert die Debatte in Europa, reduziert jedoch die Handlungsoptionen und ruft falsche Erwartungen über strategische Ziele und Instrumente hervor. So ist es kein Zufall, dass das deutsche Engagement in Afghanistan wie auch in Mali mit dem Auslandseinsatz der Bundeswehr assoziiert, ja weitgehend gleichgesetzt wird. Diese gedankliche Assimilierung legt die Existenz eines sicherheitspolitischen Problems nahe, das mithilfe des Militärs gelöst oder zumindest eingedämmt werden kann, und zwar im Rahmen eines zeitlich befristeten Engagements. Der fast ausschließliche Fokus auf das Instrument Militär

⁵ United Nations Peacekeeping. 2022. „Fatalities by Mission and Incident Type up to 31 Jan 2022.“

⁶ United Nations Peacekeeping. 2022. „Fatalities.“ Dataset. Zugriff am 14. Februar 2022.

verengt und untergräbt die notwendige strategische Debatte, verhindert Lern- und Anpassungsprozesse und mündet fast zwangsläufig in der Feststellung eines „Scheiterns.“

In Mali wird aber allzu deutlich, dass operative Erfolge gegen Jihadisten nicht automatisch Stabilität herbeiführen, wenn gleichzeitig politische Krisenursachen unverändert virulent bleiben.⁷ Das Gravitationszentrum der Krise sind nicht aufständische Gruppen, sondern die politischen Eliten, die Zentralstaat und Regierung kontrollieren. Ohne deren Kooperation kann die Stabilisierung nicht gelingen. Das Regime unter Präsident Ibrahim Boubacar Keïta (2013–2020) simulierte eine Partnerschaft mit externen Unterstützern, die bei näherer Betrachtung nicht auf gemeinsamen Zielen und Interessen beruhte.⁸ Möglicherweise bietet die Militärregierung eine Gelegenheit, auf der Grundlage lokaler Eigenverantwortung eine produktivere Form der Zusammenarbeit zu entwickeln.

Streitpunkt Transition

Die internationale Intervention steht nicht nur wegen ihrer Ergebnisse in Frage. Die Regierung in Bamako übt seit einiger Zeit massive Kritik an Malis westlichen Partnern. Zu Frankreich und Europa ist sie sogar auf einen harten Konfrontationskurs gegangen, der das vorzeitige Ende sowohl der französischen Operation Barkhane als auch der europäischen Task-Force Takuba in Mali besiegelt hat.

Bei der Eskalation geht es jedoch nicht um die Effektivität der Operation Barkhane, die aller malischen Kritik zum Trotz eine erhebliche militärische Entlastung für Bamako dargestellt hat. Der Streit hat einen politischen Kern und ist der vorläufige Höhepunkt einer langen Reihe von Kontroversen im spannungsreichen postkolonialen Verhältnis zwischen Paris und Bamako. Auslöser der gegenwärtigen Eskalation ist der lautstarke Einsatz Frankreichs für ein Ende der Transition sowie für Wahlen, die die „illegitimen“ Militärs aus der Regierung entfernen sollen.⁹

Bamako argumentiert, dass die Sicherheitslage demokratische Wahlen nicht zulasse, vor allem aber, dass Wahlen in einem dysfunktionalen politischen System ohne vorhergehende politische und institutionelle Reformen keinen Weg aus der Krise zeichneten. Diese Argumente sind nicht abwegig und genießen gegenwärtig in Mali erheblichen Rückhalt. Die etablierte politische Klasse, die seit der Demokratisierung 1991 die Geschicke des Landes lenkt, ist diskreditiert. Sie hat sich als unfähig erwiesen und wenig entschlossen gezeigt, die seit 2012 anhaltende Krise zu bremsen, geschweige denn zu bewältigen.¹⁰ Die von den Putschisten veranlasste Strafverfolgung ehemaliger Regierungsmitglieder wegen Korruption und Veruntreuung hat ihre Popularität gestärkt. Umgekehrt gelten die Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS) und Frankreich in weiten Teilen der Öffentlichkeit Malis und Westafrikas als unglaubwürdige Verfechter demokratischer Werte. Die ECOWAS, so ein Argument, verschließe regelmäßig die Augen vor dem Machtmissbrauch durch amtierende Präsidenten, die sich wie zuletzt in Guinea und der Elfenbeinküste durch Verfassungsänderungen oder zweifelhafte politische

⁷ Ebd.

⁸ Shurkin, Michael. 2022. „Thoughts on France's Failure in Mali.“ Washington, D.C. Shurbros Global Strategies LLC.

⁹ Le Parisien mit AFP. 2022. „Mali : Le Drian accuse la «junte illégitime» au pouvoir de prendre des «mesures irresponsables».“ Le Parisien, 27. Januar 2022.

¹⁰ Poudiougou, Ibrahima. 2017. „Mali: vers la fin de la gérontocratie?“ Sahelien.com, 15. Juli 2017.

Manöver weitere Amtszeiten gesichert hätten. Noch schlechter steht es aus malischer Sicht um die Glaubwürdigkeit Frankreichs, das 2021 im Tschad eine dynastische und verfassungswidrige Machtübernahme tatkräftig unterstützt habe. In Mali indes poche es auf Sanktionen unter dem Vorwand der Demokratie.

Die Handlungsspielräume Bamakos

Bei ihrem konfrontativen Umgang mit europäischen Partnern nutzt die malische Regierung vorhandene Handlungsspielräume. Ihre wichtigste Ressource ist dabei der innenpolitische Rückhalt, den sie derzeit in weiten Teilen der Öffentlichkeit besitzt. Die Entmachtung des Keïta-Regimes, die Korruptionsbekämpfung und die Rhetorik des nationalen Aufbruchs haben der neuen Regierung bereits eine gewisse Popularität beschert. Ihr scharfer Konfrontationskurs gegenüber der ECOWAS und insbesondere gegenüber Frankreich hat ihr innenpolitisches Kapital in der Folge um ein Vielfaches vermehrt. Die virulente Rhetorik von Souveränität und Patriotismus, die hauptsächlich Premierminister Choguel Maïga pflegt, wird in Bamako als emanzipatorischer Befreiungsakt bejubelt.

Weitere Spielräume gegenüber den westlichen Partnern leitet die Regierung aus der Tatsache ab, dass ebendiese Mali den Status als sicherheitspolitisches Problem zugewiesen haben. Instabilität und terroristische Risiken binden die Partner unweigerlich an das Land. Der Handlungsdruck, engagiert zu bleiben, unterminiert gleichzeitig den diplomatischen Druck in Form von Sanktionen oder Abzugsdrohungen, den die ECOWAS und die EU aufbauen wollen. Die destabilisierenden Folgen, die von Mali für die Nachbarländer und potentiell auch für Europa ausgehen, sind eine politische Währung, die die Regierung in die Waagschale wirft. Die externen Akteure stehen vor einem Zielkonflikt: Auf der einen Seite errichten sie eine Drohkulisse als möglichen Hebel, auf der anderen Seite müssen sie eigentlich einen Bruch vermeiden, um Einwirkungsmöglichkeiten zu bewahren.

Dieses Dilemma hat die französische und europäische Politik verschärft, indem sie sich widersprüchlich verhält. Im November 2021 kündigte die EU auf französisches Drängen Sanktionen gegen die malische Regierung an, die Anfang Februar 2022 auch ergriffen worden sind.¹¹ Dies hat die EU dennoch nicht davon abgehalten, die Zusammenarbeit von EUTM Mali mit der malischen Armee fortzusetzen. Das Gleiche gilt für Frankreich mit Blick auf Barkhane bzw. die Task-Force Takuba. Zwischen der militärischen Kooperation mit Bamako einerseits und Sanktionen andererseits liegt ein unauflösbarer Widerspruch. Dies ist der malischen Regierung ebenso wenig entgangen wie die Tatsache, dass das malische Überschreiten von „roten Linien“, die insbesondere Frankreich definiert hatte, keinerlei negative Konsequenzen hatte. Das betrifft sowohl die Kooperation mit der russischen Wagner-Gruppe als auch die Absicht, mit jihadistischen Gruppen einen politischen Dialog zu suchen. Die malische Regierung hat hier den französischen Bluff offengelegt. Was im Falle der Wagner-Gruppe zunächst als Wagnis und außenpolitisches Risiko hätte erscheinen können, hat sie in einen Vorteil umgemünzt.

Gleichwohl unterliegt die Militärregierung erheblichen Handlungszwängen. Sie hat kein Interesse daran, von den Staaten der westafrikanischen Nachbarschaft dauerhaft isoliert zu werden oder einen Bruch mit der EU herbeizuführen, der eventuell auch die entwicklungspolitische Zusammenarbeit in Frage stellen könnte. Russland ist keine Alternative, sondern

¹¹ Council of the EU. 2022. „Mali: EU adopts targeted sanctions against five individuals.“ News release. 4. Februar 2022. Brussels. European Union.

eine nützliche Ergänzung. Dessen originäre Interessen in Mali sind begrenzt. Seine Aktivitäten dürften eher dazu dienen, mit den Europäern Themen zu verhandeln, die wenig mit Mali selbst zu tun haben. Moskau wäre kaum dazu bereit, ein umfassendes europäisches Desengagement zu kompensieren.¹² Gleichzeitig weiß die Regierung in Bamako, dass sie sich bei der eigenen Bevölkerung auf Dauer nicht allein mithilfe der Rhetorik der nationalen Souveränität legitimieren kann. Internationale Isolation und das Wegbrechen europäischer Unterstützung würden ihre Spielräume stark einschränken.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Ungeachtet seiner schrillen Rhetorik folgt Bamako bei seinem außenpolitischen Kurs einem nüchternen Kosten-Nutzen-Kalkül. Wie weit die Konfrontation gehen wird, hängt letztlich von den innenpolitischen Zielen der Militärregierung ab. Es ist offen, ob sie die Macht um der Macht willen sucht oder um Veränderungen durchzusetzen, die Mali auf einen stabileren politischen Kurs bringen sollen. Beides schließt sich nicht wechselseitig aus.

Die Situation ist verfahren, und die Europäer haben mit ihrer weitgehend unkritischen „Weiter so“-Politik der letzten Jahre ihren Teil dazu beigetragen. Gleichwohl kann die gegenwärtige Zäsur eine Gelegenheit für Deutschland und seine internationalen Partner sein, eine neue Grundlage der Zusammenarbeit mit Bamako zu schaffen. Es zählt zu den unstrittigen Erkenntnissen aus knapp zehn Jahren Intervention in Mali und zwanzig in Afghanistan, dass externe Akteure zahlreiche Pläne fassen, ohne dass lokale Eigenverantwortung dabei in ausreichendem Maße eingebracht würde. Dieses Defizit haben in Mali beide Seiten zu verantworten.¹³ Die neue malische Regierung ist ein unbequemer Gesprächspartner, der in relevanten Fragen von den Präferenzen der Europäer abweicht, aber immerhin eigene Präferenzen artikuliert, anstatt sich externe Positionen ohne große Überzeugung anzueignen. Bamakos Pochen auf Selbstbestimmung und Souveränität kann daher ebenso als Chance begriffen werden. Ohne lokale Eigenverantwortung wird Mali den Weg zu Stabilität und Frieden nicht finden.

Deutschland und Europa gewinnen nichts, wenn sie sich jetzt im französischen Gefolge für einen allgemeinen militärischen Abzug entscheiden, geschweige denn einen kaskadenhaften Bruch über Politik- und Handlungsfelder hinweg vollzögen.¹⁴ Solidarität mit Frankreich ist richtig. Wichtig ist aber auch, Kohärenz im Umgang mit dem Problem Mali herzustellen. Der nüchterne Blick auf die Lage legt nahe, dass die Folgen eines allgemeinen Rückzugs schlechter wären als der Versuch, mit fortgesetztem Engagement auf die Situation einzuwirken. Zumal ein Abzug der Bundeswehr ohne ausreichenden zeitlichen Abstimmungsvorlauf mit internationalen Partnern kontraproduktiv wäre. Ohnehin kann und muss Berlin auch mit anderen als militärischen und sicherheitspolitischen Mitteln auf die Situation Einfluss nehmen, und es verfügt gerade in Mali über das dafür nötige politische und entwicklungspolitische Kapital. Deutschland hat wenig dabei zu verlieren, wenn es die Kooperations- und Reformbereitschaft Bamakos für einen zu bestimmenden Zeitraum auf die Probe stellt. Eine enge Abstimmung mit regionalen und internationalen Partnern (EU, AU, ECOWAS) ist dabei unerlässlich.

¹² Lebovich, Andrew. 2022. „Russia, Wagner Group, and Mali: How European fears weaken European policy.“ Commentary. Berlin. European Council on Foreign Relations.

¹³ Asche, Helmut und Christiane Kayser. 2022. „Sahelzone: Westliche Realitätsverweigerung.“ Die Zeit, 6. Februar 2022.

¹⁴ Ähnlich argumentiert Christian Klatt. 2022. „Am Scheideweg.“ IPG, 11. Februar 2022.

Strategische Geduld dürfte im Sinne von Malis westafrikanischen Nachbarn sein, die mit Bamako Kompromisse suchen. Und schließlich spricht die internationale Großwetterlage ebenfalls dafür, vorerst in Mali zu bleiben. Der französische Abzug ist ein strategischer Sieg für die jihadistischen Bewegungen. Ein darüber hinausreichender deutscher und letztlich europäischer Abzug wäre im aktuellen internationalen Kontext ein fatales Zeichen europäischer Schwäche gegenüber strategischen Konkurrenten wie Russland, China und der Türkei, die Europas außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit auch in Mali und dem Sahel vermessen.

Die oberste Priorität ist ein neuer Transitionsfahrplan mit konkreten Wegmarken. Diesen werden die ECOWAS und die Afrikanische Union (AU) mit Bamako verhandeln müssen. Dabei liegt auf der Hand, dass kurzfristige Wahlen im aktuellen Kontext kein Problem lösen würden. Das wissen auch die Vertreter von ECOWAS und der AU. Sie lassen eine gewisse Kompromissbereitschaft erkennen, um eine für alle Seiten gesichtswahrende und angemessene Lösung zu finden. Zuletzt hat die AU einen neuen Transitionszeitplan von 16 Monaten ins Spiel gebracht.

Daraus folgen zumindest teilweise Antworten auf die Frage nach der Zukunft von MINUSMA und einer deutschen Beteiligung. Die politische Begleitung der Transition wäre eine sinnvolle politische Priorität der Mission. MINUSMA, AU und ECOWAS könnten eine Troika bilden, die die Umsetzung des Transitionsplans unterstützt. Auch mit Blick auf den Algier-Friedensprozess und den Schutz der Zivilbevölkerung spricht letztlich mehr für einen Verbleib als für einen Abzug. Dies gilt dann auch für die deutsche Beteiligung. Dem Einsatz von Aufklärungsdrohnen, die die Bundeswehr für MINUSMA betreibt, käme in der Post-Barkhane-Phase, in der Risiken für die Mission zunehmen werden, eine noch größere Bedeutung zu. Ein weiterer Beitrag zur Unterstützung der Mission könnte darin bestehen, das Wegfallen des französischen Hospitals in Gao zu ersetzen, das nicht nur

EUTM Mali: Kapazitätsaufbau der malischen Armee

EUTM Mali hat über seine Trainingskomponente den Kapazitätsaufbau der malischen Armee auf niedrigem Niveau befördert.¹⁵ Die genaue Wirkung und Nachhaltigkeit des Kapazitätsaufbaus sind indes spekulativ. Die Mission hat weder von den EU-Mitgliedstaaten noch von der malischen Regierung die Mittel und Zugänge erhalten, um Wirkung und Effekte der eigenen Trainingsmaßnahmen beobachten und systematisch erfassen zu können. Insgesamt ist die Akzeptanz der Mission aufseiten der malischen Armeeführung gering. Das liegt vor allem daran, dass EUTM-Trainingsmaßnahmen nicht mit einer operativ ausgerichteten Ausstattungshilfe verbunden sind. Schritte in Richtung dezentralisierter und praxisnäherer Ausbildungsangebote wurden nur zögerlich in Angriff genommen und stießen auf bürokratische Hindernisse sowie mit Blick auf die Sicherheitslage auf nationale Vorbehalte der truppenstellenden Länder, auch Deutschlands. Die Beratungs-komponente von EUTM Mali konnte kaum eines ihrer ambitionierten Vorhaben in die Tat umsetzen. Versuche, Schlüsselbereiche des Verteidigungssektors wie Logistik und Personalmanagement zu reformieren, stießen auf nationale Souveränitätsvorbehalte und den erbitterten Widerstand von Partikularinteressen innerhalb des malischen Verteidigungssektors.

¹⁵ Für eine ausführliche Analyse zu EUTM Mali siehe Tull, Denis M. 2020b. „The European Union Training Mission and the struggle for a new model army in Mali.“ Research Paper 89. Paris. Institut de Recherche Stratégique de l'École Militaire.

für die europäischen Kontingente von wesentlicher Bedeutung bei der medizinischen Notfallversorgung ist.

Anders liegt der Fall bei EUTM Mali. Die Mission hat wenige Erfolge vorzuweisen. Die schon relativ niedrige malische Nachfrage nach ihrer Unterstützung dürfte in Anbetracht der russisch-malischen Kooperation noch weiter abnehmen. Beide Aspekte rechtfertigen einen Abzug aus Mali, zumal eine fortgesetzte Präsenz auch keine politische Hebelwirkung verspricht. Und nicht zuletzt spricht für einen Abzug die hohe Wahrscheinlichkeit, dass von EUTM trainierte malische Truppen sich in militärischen Operationen unter Führung oder Beteiligung der Wagner-Gruppe wieder finden werden. Davon unbenommen ist die Regionalisierung der Mission und ihre Umwandlung in eine „EUTM Sahel“. Ob es sich lohnt, diese Option voranzutreiben, sollte letztlich von der Nachfrage seitens der Sahel-Staaten abhängig gemacht werden.

Denis M. Tull ist Projektleiter bei Megatrends Afrika und Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Afrika und Mittlerer Osten der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Megatrends Afrika

ist eine Kooperation von SWP, DIE und IfW. Die Publikationen geben die Auffassung der Autor*innen wieder. Die Veröffentlichungen des Forschungsprojekts durchlaufen intern ein Begutachtungsverfahren.



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik |
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

DIE Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

IFW Kiel Institut für Weltwirtschaft

megatrends-afrika@swp-berlin.org

ISSN 2747-4283

DOI 10.18449/2022MTA-KA01



d.i.e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute



Gefördert durch:

